



Klaus Zwickel
Vorsitzender der IG Metall

Statement
für das Pressegespräch
am 28. Januar 2003 in Berlin

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

SPD und Grüne haben im September vergangenen Jahres die Bundestagswahl gewonnen. Ein Grund für diesen Wahlsieg: SPD und Grüne waren mit dem Versprechen angetreten, Staat und Gesellschaft sozial gerecht zu modernisieren. Das und die eindeutige Ablehnung eines Irak-Krieges waren der Schlüssel zum Wahlerfolg. Heute – vier Monate nach der Bundestagswahl und wenige Tage vor den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen – stehen die Bundesregierung und insbesondere die SPD schlechter da denn je.

Geringes Wirtschaftswachstum, zunehmende Arbeitslosigkeit und steigende Sozialversicherungsbeiträge: Das sind die Stichworte, die CDU und CSU sowie die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände der Regierung jeden Tag um die Ohren hauen. Sie bieten zwar keine inhaltlichen Alternativen. Aber sie sind ganz kräftig dabei, den Standort Deutschland mit ihrer Nörgelei und Miesmacherei kaputt zu reden.

Was der Regierung vorzuwerfen ist, ist ihr Politikmanagement der vergangenen Monate. Das war alles andere als eine Glanzleistung. Der Zickzackkurs von angekündigten und wieder zurückgenommenen politischen Vorhaben irritiert große Teile der Gesellschaft. Ich erinnere an die Diskussion über die Vermögensteuer und die Abgeltungssteuer für Zinseinkünfte sowie die jüngsten Ankündigungen zur Verschlechterung des Kündigungsschutzes. Dennoch stimme ich nicht vorbehaltlos in den Chor der Kritiker, der Nörgler und der Miesmacher ein. Der Abbau von ungerechtfertigten Steuervergünstigungen und Subventionen, die Steuerpflicht für Veräußerungsgewinne aus Aktien- und Immobiliengeschäften und die Mindestbesteuerung von Kapitalgesellschaften gehen in die richtige Richtung. Dass auch Großaktionäre, Wirtschaft und Unternehmen sowie Ärzte, Apotheker und Pharmaindustrie einen Teil der gemeinsamen Lasten tragen, ist in Ordnung. Und auch die im Dezember vergangenen Jahres im Bereich der Arbeitsmarktpolitik beschlossenen Reformen sind richtig. Mit dem Aufbau von Job-Centern und Personal-Service-Agenturen sowie den Neuregelungen zur Leiharbeit wurden Grundlagen für eine bessere Qualifizierung und schnellere Vermittlung von Arbeitslosen und damit Grundlagen für mehr Beschäftigung gelegt.

Doch genau da hat sich in den vergangenen Wochen gezeigt, wer die eigentlichen Reformer und wer die Blockierer in diesem Land sind. Die Gewerkschaften tragen diesen Teil der Hartz-Reform mit und schließen jetzt Tarifverträge zur vermittlungsorientierten Leiharbeit ab. Und die Arbeitgeber? Die sind weggetaucht. Die treiben stattdessen schon wieder eine neue Sau durchs Dorf. Das ist nicht nur unseriös. Das ist verantwortungslos. Die Arbeitgeber können nicht immer nur Forderungen an andere stellen. Sie müssen im Kampf gegen die

Arbeitslosigkeit endlich auch selbst mehr tun. Das gilt insbesondere für die von der Hartz-Kommission vorgeschlagene Vermittlungs- und Qualifizierungsoffensive. Da sind nicht nur die Arbeitsämter und die Arbeitslosen gefordert. Da ist die gesamte deutsche Wirtschaft gefordert. Die Spitzen der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände behaupten seit Jahren, es gebe 1,5 Millionen freie Stellen, die aufgrund bürokratischer Hemmnisse nicht besetzt werden könnten. Mit dieser Ausrede ist nach Hartz Schluss. Ich sage: Her mit diesen 1,5 Millionen Stellen. Meldet sie den Arbeitsämtern. Und dann unternehmen wir gemeinsam alle Anstrengungen, um bisher arbeitslose Menschen für diese Stellen zu qualifizieren und wieder in Arbeit zu bringen.

Meine Damen und Herren,

natürlich ist die Arbeitslosigkeit zu hoch und das Wirtschaftswachstum zu schwach. Aber das ist kein Grund, Weltuntergangsstimmung zu verbreiten und jeden Tag neue Schreckensbilder zu malen. Deutschland ist nach wie vor eine der wirtschaftsstärksten Nationen der Welt. Wir haben funktionierende sozialstaatliche Strukturen, die wir durch weitere Reformen zukunftssicher machen müssen. Bei Steuern und Abgaben liegt Deutschland – anders als ständig kolportiert – im europäischen Mittelfeld. Die Steuerquote der Bundesrepublik ist nach Studien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit 21,7 Prozent sogar die niedrigste in Europa. Im Vergleich mit anderen Industrieländern liegt nur Japan mit 17,2 Prozent niedriger. In den USA liegt die Steuerquote bei 22,7 Prozent, in Frankreich bei 28,9 Prozent und in Großbritannien bei 31 Prozent. Rechnet man die Sozialabgaben hinzu, kommt Deutschland auf eine Steuer- und Abgabenquote von 36,4 Prozent. Auch dieser Wert kann sich sehen lassen. Großbritannien (37,4 Prozent), Italien (41,8 Prozent) und Frankreich (45,4 Prozent) haben höhere Quoten.

Dass die deutsche Industrie mit diesen Steuern und Sozialabgaben ganz gut leben kann, zeigt die Entwicklung der Automobilindustrie und des Maschinenbaus. Die deutsche Automobilindustrie hat im vergangenen Jahr ihr zweitbestes jemals erzielttes Ausfuhrergebnis erreicht. Insgesamt wurden 5,12 Millionen Fahrzeuge in Deutschland gebaut. Damit wurde die Schwelle von fünf Millionen Autos zum fünften Mal in Folge überschritten. Und trotz weltweiter Konjunkturflaute steht auch der deutsche Maschinen- und Anlagenbau gut da. Im Auslandsgeschäft gab es in dieser Branche in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres ein Plus von drei Prozent.

Sinnvolle und sozial gerechte Reformen und Veränderungen trägt die IG Metall mit. Das haben wir in den vergangenen Jahren – zuletzt mit unserer Zukunftsdebatte und unserem Zukunftskongress in Leipzig - bewiesen. Das wird auch künftig so bleiben.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang zum Beispiel an die Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften. Unsere Tarifverträge zur 35-Stunden-Woche sind in Verbindung mit ihrer differenzierten und flexiblen Ausgestaltung in Betrieben weltweit einzigartig. Auf der Basis der 35-Stunden-Woche gibt es in allen Bereichen der Metall- und Elektroindustrie Produktions- und Betriebsnutzungszeiten von weit über 100 Stunden in der Woche. In mehr als 40 Prozent der Betriebe im verarbeitenden Gewerbe wird Samstags und immerhin in 15 Prozent der Betriebe dieses Bereichs auch Sonntags gearbeitet. In der Automobilindustrie und anderen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie werden Tag für Tag Dutzende von unterschiedlichen Arbeitszeitmodellen praktiziert. Für 13 beziehungsweise 18 Prozent der Beschäftigten gibt es Regelungen, nach denen sie vorübergehend bis zu 40 Stunden in der Woche arbeiten können. Und da wo diese Quoten nicht mehr passen, sind wir noch einen Schritt weiter gegangen. In den Entwicklungszentren von Bosch in Schwieberdingen und Abstatt können die Ingenieure und Entwickler grundsätzlich bis zu 40 Stunden in der Woche arbeiten. Bezahlt werden davon 37,5 Stunden; zweieinhalb Stunden wandern auf ein Langzeitkonto.

Weitreichende Möglichkeiten zur flexiblen Anpassung auf betriebliche Notwendigkeiten gibt es auch bei den Lohn- und Gehaltstarifverträgen. Im Osten mit den Härtefallklauseln und im Westen mit den Beschäftigungssicherungs-Tarifverträgen. Danach können in den Betrieben mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kürzere Arbeitszeiten und auch niedrigere Einkommen vereinbart werden. Im Gegenzug dazu gibt es Beschäftigungsgarantien für die Arbeitnehmer. Diese Möglichkeiten werden vielfach genutzt. Unser Fehler ist vielleicht, dass wir sie nicht Tag für Tag mit Pauken und Trompeten verkünden. Mit den Tarifabschlüssen des vergangenen Jahres gibt es außerdem in allen Tarifverträgen der Metall- und Elektroindustrie eine Generalklausel, nach der die Tarifvertragsparteien vom Tarifvertrag abweichende Regelungen vereinbaren können. All diese Regelungen ermöglichen für alle denkbaren Problemfälle passgenaue Lösungsmöglichkeiten. Und die IG Metall hat sich in keinem einzigen Fall notwendigen und sozial verträglichen Lösungen verweigert. Es gibt keinen einzigen Betrieb, der an unseren Tarifverträgen kaputt gegangen ist. Aber es gibt leider viele Manager, die in der zweiten Liga spielen und die Tarifregelungen als Vorwand missbrauchen, um ihren eigenen Platzverweis zu verhindern.

Ich will Ihnen noch ein weiteres Beispiel für die Reformfähigkeit und die Reformbereitschaft der Gewerkschaften aus dem Bereich der Tarifpolitik nennen. Angesichts der von Branche zu Branche und von Betrieb zu Betrieb unterschiedlichen ökonomischen Entwicklung diskutieren wir die Möglichkeit, auf der Basis der Mindestnormen des Tarifvertrages ergänzende Lösungsmodelle für differenzierte Einkommenserhöhungen zu entwickeln. Mit solchen differenzierten Ergänzungsregelungen werden wir – davon bin ich fest überzeugt – die Zukunft des Flächentarifvertrages dauerhaft sichern. Die Basis dafür ist allen Unkenrufen zum Trotz solide: Nach Untersuchungen des Arbeitsministeriums sind 63,2 Prozent aller Arbeitnehmer in Ostdeutschland in Betrieben mit Tarifverträgen tätig. In Westdeutschland liegt diese Quote bei 75,8 Prozent.

Die Vielfalt der Einkommensregelungen, der Arbeitszeiten und der Arbeitsverhältnisse wird weiter zunehmen. Ich weiß, dass Vielfalt und Flexibilität nicht nur erzwungen, sondern von vielen Menschen auch gewünscht werden. Ich teile die Einschätzung: Nicht alles was „modern“ ist, ist gut. Für mich gilt aber auch: Nicht jeder Wandel ist Verfall. Unsere Aufgabe ist es, den Wandel und die Vielfalt zu gestalten. Dabei geht es darum, „erzwungene“ Flexibilität einzugrenzen und gewollte Vielfalt möglich zu machen. Das ist eine Gratwanderung. Aber genau das wagen wir, um die Zukunft sozial zu gestalten.

Doch um Fakten geht es den Kritikern nicht. Der Opposition sowie den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden passt die ganze Richtung nicht. Ihnen sind starke Gewerkschaften ein Dorn im Auge. Große Teile des konservativen Lagers haben nach dem schon als sicher verbuchten Sieg bei der Bundestagswahl eine in dieser Schärfe bisher nicht gekannte Polemik und Hetze gegen die Bundesregierung, die SPD und die Gewerkschaften gestartet. Die SPD – so der zentrale Vorwurf – blockiere mit ihrer Steuer- sowie ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik den Aufschwung. Und die Tarifpolitik der Gewerkschaften stranguliere die Unternehmen. Am deutlichsten formulierte Friedrich Merz, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende von CDU und CSU, die Kampfansage: Die Gewerkschaften hätten zu viel Macht. Merz will daher nicht nur „das Tarifkartell aufbrechen“, sondern Macht und Einfluss der Gewerkschaften dauerhaft schwächen. Parallel dazu entdeckten auch einige Medien die Machtposition der Gewerkschaften und versuchten, sie zu den alleinigen Sündenböcken für die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Probleme zu machen. Arnulf Baring setzte noch einen drauf: Seine Angriffe auf SPD und Gewerkschaften gipfelten in dem Aufruf zu einem konservativen Putsch.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Wort „Putsch“ wird von der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel und Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt nicht in den Mund genommen. Doch auch ihnen geht es um eine andere Republik. Um eine Republik mit niedrigeren Unternehmenssteuern und weniger Mitbestimmung für Arbeitnehmer und Gewerkschaften. Um eine Republik mit weniger sozialer Sicherheit, längeren und unbezahlten Arbeitszeiten und Lohnzurückhaltung. Um eine Republik mit weniger Arbeitnehmerrechten und weniger Einfluss der Gewerkschaften. Damit wollen sie das Modell der sozialen Marktwirtschaft, also eines sozial und rechtlich regulierten Kapitalismus beerdigen. Die ehemaligen Verfechter der sozialen Marktwirtschaft sind inzwischen ihre Totengräber. Die Überschrift für das neue Gesellschaftsmodell lautet schlicht „Markt pur“ – ohne soziale Verantwortung und ohne soziale Ordnung. Jeder ist seines Glückes Schmied. Die Starken können ihr Leben selbst organisieren. Und der Rest, der muss halt sehen, wo er bleibt.

Dieses Gesellschaftsmodell trägt die IG Metall nicht mit. Wir wollen den Sozialstaat erhalten und erneuern. Er war und ist die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik Deutschland. Er basiert auf sozialer Teilhabe und sozialem Ausgleich. Natürlich müssen wir unsere politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen vor dem Hintergrund schneller werdender Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft immer wieder auf den Prüfstand stellen. Das gilt auch für die sozialen Sicherungssysteme, die auf eine breitere Finanzierungsgrundlage gestellt werden müssen. Dabei standen und stehen die Gewerkschaften nicht auf der Bremse. Wir wehren uns gegen sozialen Kahlschlag. Wir wehren uns gegen so unsinnige Forderungen wie die des DIHK-Präsidenten Georg Ludwig Braun nach 500 Stunden zusätzlicher und unbezahlter Arbeit. Aber sinnvolle und sozial gerechte Reformen und Veränderungen tragen wir mit.

Im Brennpunkt der aktuellen Auseinandersetzung werden in den nächsten Wochen die Ankurbelung der lahrenden Binnenkonjunktur, weitere Reformen der Arbeitsmarktpolitik, die Reform der sozialen Sicherungssysteme und das Bündnis für Arbeit stehen. Zum Bündnis für Arbeit haben der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und die Vorsitzenden der Gewerkschaften am vergangenen Dienstag ein Gespräch mit dem Bundeskanzler geführt. Unsere Position ist eindeutig: Die bisher im Bündnis erreichten Ergebnisse sind enttäuschend. Die Laufzeit des Bündnisses mit seinen bisherigen Unverbindlichkeiten ist zu Ende. Ein neues Bündnis muss die Selbstverpflichtungen der Akteure mit gesetzgeberischem Druck kombinieren. Die Nagelprobe dafür wird die Ausbildungsplatzsituation sein. Die Zahl der von den Arbeitgebern angebotenen Ausbildungsplätze ist in den vergangenen Jahren

kontinuierlich zurück gegangen. Allein im Ausbildungsjahr 2001/2002 sank die Zahl der angebotenen betrieblichen Ausbildungsstellen um 43 000. 586 000 gemeldeten Ausbildungsstellen standen 711 000 junge Menschen gegenüber, die auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz waren. Eine Besserung dieser dramatischen Entwicklung zeichnet sich bisher nicht ab.

Daher machen wir die Ausbildungsplatzsituation zum Testfall eines neuen Bündnisses für Arbeit. Wir erwarten von den Arbeitgebern, dass sie allen jungen Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, auch einen Ausbildungsplatz anbieten. Gleichzeitig muss die Politik mit ins Boot. Sie muss den Arbeitgebern jetzt klar sagen: Erfüllt ihr eure Verpflichtungen zur Ausbildung nicht, wird der Gesetzgeber tätig. Das könnte dann schon im Herbst überprüft und gegebenenfalls auch angegangen werden. Dieses Politikmodell ist bereits in anderen Bereichen erfolgreich praktiziert worden. Beim Atomkonsens hatte die Regierung auch gesagt: Wenn die Akteure sich nicht einigen, regeln wir das gesetzlich. Ein anderes Beispiel ist die Verringerung des CO₂-Ausstosses. Auch da gab es eine selbstverpflichtende Vereinbarung der Automobilindustrie mit der Politik und gleichzeitig gesetzliche Festlegungen für den Fall, dass die Industrie ihre Zusagen nicht einhält.

Wir wollen das Thema Ausbildung nach genau diesem Muster zum Testfall für die Zukunft des Bündnisses machen. Nur wenn sich hier zeigt, dass die Arbeitgeber endlich einmal Zusagen auch einhalten, könnte ein neues Bündnis für Arbeit vielleicht auch mit anderen Themen fortgesetzt werden. Funktioniert das nicht, droht dem Bündnis das Aus. Denn in den bisherigen Bündnis-Runden gab es keinen Mangel an gemeinsamen Verabredungen. Es gab und gibt aber riesige Defizite bei der verbindlichen Umsetzung gemeinsamer Absprachen. Und genau das wollen wir ändern.

Zum Bündnis noch zwei Bemerkungen: Es bleibt dabei, dass dort nicht über Tarifpolitik geredet wird. Tarifpolitik machen nicht die Spitzenverbände. Tarifpolitik ist und bleibt Sache der dafür in den unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen verantwortlichen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften.

Zweite Bemerkung: Wer Tarifpolitik oder Kündigungsschutz zum Thema im Bündnis für Arbeit machen will, dem geht es nicht um die Lösung von Problemen, sondern nur um Ideologie. Ein Abbau des Kündigungsschutzes schafft nicht mehr Beschäftigung. Dieser Beweis ist bereits in der Ära Kohl erbracht worden: Damals hatte das Handwerk für weniger Kündigungsschutz 500 000 neue Jobs in Aussicht gestellt. Mit verschlechtertem Kündigungsschutz waren es am Ende 130 000 weniger. Ich

sage deshalb sehr deutlich: Hört auf mit dem Unfug. Das ist Symbolpolitik. Das zerstört Vertrauen. Das bringt uns keinen Millimeter weiter.

Vor dem Hintergrund der lahmen Binnenkonjunktur und der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit brauchen wir vielmehr mehr Mut zu Kurskorrekturen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Bundesregierung hat den strikten Kurs der Haushaltskonsolidierung nach der Bundestagswahl etwas gelockert. Das ist gut so. Doch das reicht noch nicht. Wir brauchen in den kommenden Jahren eine kontinuierliche Erhöhung der öffentlichen Investitionen. Nur so kann auch im Zusammenspiel mit mehr privaten Investitionen eine neue Dynamik für Wachstum und Beschäftigung erreicht werden.

Und wir brauchen eine Steuer- und Finanzpolitik, die Bund, Länder und Gemeinden in die Lage versetzt, durch verstärkte Infrastrukturinvestitionen ihren Beitrag zur Ankurbelung der Konjunktur zu leisten. Da hat die Bundesregierung nach der Bundestagswahl einiges auf den Weg gebracht. Doch auch hier muss mehr getan werden. Ich erwarte, dass die verfehlte Unternehmensteuerreform korrigiert wird. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer, die im Jahr 2000 noch bei 23,6 Milliarden Euro lagen, sind im vergangenen Jahr auf 2,9 Milliarden Euro zurück gegangen.

Drittens brauchen wir eine andere Zinspolitik. Die Europäische Zentralbank darf nicht nur die Inflationsrate im Auge haben. Sie muss auch ihre Verantwortung für Wachstum und Arbeitsmarkt wahrnehmen. Das heißt: Wir brauchen weitere Zinssenkungsschritte – und zwar schnell.

Und dann dürfen die Banken nicht weiter auf der Bremse stehen. Was die sich in den vergangenen Monaten geleistet haben, ist ein Skandal. Früher haben die Banken jede Zinserhöhung am nächsten Tag an die Kunden weiter gegeben. Jetzt hat die Europäische Zentralbank seit Frühjahr 2001 die Zinsen um zwei Prozentpunkte gesenkt. Nach meinem Geschmack war das zu zurückhaltend. Aber immerhin. Doch was haben die deutschen Banken gemacht? Sie haben die Zinsen für kurzfristige Unternehmenskredite nur um rund einen viertel Prozentpunkt reduziert.

Meine Damen und Herren,

in den nächsten Wochen wird es nicht nur um die Zukunft des Bündnisses für Arbeit, die Ausbildungsplatzsituation, den Kündigungsschutz, die Sicherung der Tarifautonomie und eine andere Wirtschafts- und Finanzpolitik gehen. Wir stehen nach meinem Eindruck vor sehr grundlegenden Auseinandersetzungen. Das Ergebnis der anstehenden Landtagswahlen wird die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat eventuell weiter zu Gunsten der Konservativen verändern. Das kann weitreichende Folgen haben. Denn dann kommen wir endgültig in eine Phase des zugespitzten Konfliktes: Dann steht das Modell der sozialen Marktwirtschaft und des politisch regulierten sowie sozial und ökologisch

ausgerichteten Kapitalismus gegen das Modell „Markt pur“ - ohne soziale Verantwortung und ohne soziale Ordnung.

Die Linie der Sozialdemokratie in dieser Auseinandersetzung ist für mich zurzeit nicht klar erkennbar. Die Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzler sehen sich aufgrund der wirtschaftlichen Lage und des zum größten Teil selbst verschuldeten Meinungstiefs offenbar veranlasst, einen neuen Reformimpuls zu geben. Dabei ist unentschieden, welche Richtung er nehmen soll. Auf der einen Seite wird im Kanzleramtspapier vom Dezember 2002 zu Recht festgehalten, dass die „Akzeptanz einer erfolgreichen Reformpolitik auch davon abhängen (wird), ob die Menschen die Politik der Bundesregierung als gerecht bewerten“. Auf der anderen Seite werden – zum Teil im Gegensatz zum Koalitionsvertrag – die Weichen in Richtung auf weitere Konsolidierung des Staatshaushaltes durch Einsparungen bei den konsumtiven und damit den sozialen Aufgaben, bei den die Beschäftigung stabilisierenden Investitionen, sowie auf den Umbau des Sozialstaates und auf weitere Deregulierung gestellt. Das zeigt, auch der Bundeskanzler und Teile der Sozialdemokratie sind nicht frei von neoliberalen Gedankengut. Welche Linie sich in der SPD letztlich durchsetzen wird, wird sehr stark von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und den Debatten in den Regierungsfractionen abhängen.

Darum wird sich die IG Metall in den kommenden Wochen und Monaten kräftig in diese Debatte einmischen. Schon am 10. Februar wird der Vorstand der IG Metall diese Fragen hier in Berlin mit Gerhard Schröder diskutieren. Wir werden dabei deutlich machen, dass die Errungenschaften des Sozialstaates, die Ordnungsprinzipien der sozialen Marktwirtschaft, die Bedeutung der Mitbestimmung, die Ordnungs- und Gestaltungsfunktion der Gewerkschaften, die Tarifautonomie und das Streikrecht und die Anerkennung der Leistungen der Arbeitnehmer unverzichtbare Eckpfeiler für eine moderne und zukunftsgerichtete soziale Demokratie sind und bleiben. Wir werden dem Bundeskanzler gleichzeitig deutlich machen: Wir stehen nicht auf der Bremse. Wir tragen sinnvolle Reformen und notwendige Veränderungen mit. Aber Reformen und Veränderungen dürfen nicht einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer gehen. Es kann doch nicht sein, dass das Eintreten für die Gestaltungs- und Schutzrechte von Millionen von Arbeitnehmern als Blockadehaltung diffamiert und gleichzeitig jede noch so einfallslose Forderung nach geringeren Löhnen, längeren Arbeitszeiten, weniger Mitbestimmung und weniger Kündigungsschutz als Ausdruck von Reformwillen gelobt wird. Reformen müssen sozial gerecht sein.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.